

Beinhalten zu:	Beinhalten zu:
<ul style="list-style-type: none"> ✓ Datenschutz ✓ Energie und Nachhaltigkeit ✓ Fischquoten ✓ Erasmus+ (Bildungsprogramm) ✓ Koordinierung der Sozialsysteme ✓ Luft- und Straßenverkehr ✓ Politische und strategische Zusammenarbeit ✓ Staatliche Beihilfen ✓ Steuertransparenz ✓ Warenverkehr ✓ Wettbewerb 	<ul style="list-style-type: none"> ✗ Außen- und Sicherheitspolitik ✗ Berufsabschlüsse ✗ Dienstleistungen ✗ Einwanderungsbestimmungen ✗ Erasmus+ (Bildungsprogramm) ✗ EURATOM (Atomgemeinschaft) ✗ Europäische Arzneimittelagentur ✗ Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten ✗ Europäische Agentur für Flugsicherheit ✗ Europäische Chemikalienagentur

31. Januar 2020 trat Großbritannien offiziell aus der EU aus, für Bereiche wie den Handel galten weiterhin Übergangslösungen. Anschließend verhandelten die britische Regierung und die EU ein neues **Handels- und Kooperationsabkommen**, das am 1. Januar 2021 in Kraft trat. Es...

Nachdem Theresa May 2017 ihre Mehrheit im Parlament verloren hatte, wurde es noch schwieriger, die pro- und antieuropäischen Lager zufriedenzustellen. Ihr Austrittsabkommen mit der EU wurde mehrmals vom Parlament abgelehnt und die **Übergangsfrist** für den Brexit verlängert. May trat im Juni 2019 zurück und ihr Nachfolger, der europakritischere **Boris Johnson**, verhandelte ein neues Abkommen mit der EU, das schließlich auch im britischen Parlament eine Mehrheit fand. Die EU stimmte dem **Austrittsabkommen** daraufhin am 23. Am...

„And now?“ – Die neuen Beziehungen zwischen der EU und GB

- Obwohl Großbritannien nicht immer ein einfaches Mitgliedsland war, bedeutet sein Austritt für die EU einen großen wirtschaftlichen und politischen Verlust.
- Die EU verliert mit Großbritannien eine gewichtige Stimme in der internationalen Politik.
- In vielen Bereichen ist die Zusammenarbeit trotz des vereinbarten Abkommens (S. 7) nicht mehr geregelt.

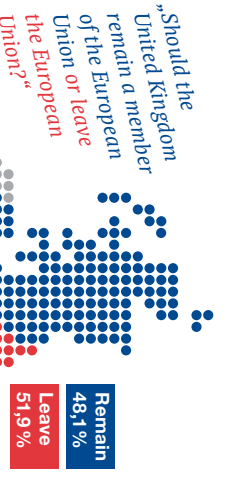
Das neue Handels- und Kooperationsabkommen sieht vor, dass Großbritannien die Produktstandards der EU befolgen muss, damit **Waren ohne Zölle** geliefert und in der EU verkauft werden können. Güter, landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel müssen zudem angemeldet und kontrolliert werden. Dies verursacht zusätzliche Kosten und Wartezeiten. Für das Anbieten von Dienstleistungen zwischen Großbritannien und EU-Ländern müssen Unternehmen jetzt Gebühren bezahlen. Die britische Regierung hofft, dass sie in Zukunft stärker mit Staaten außerhalb der EU zusammenarbeiten kann, etwa mit der **USA** oder innerhalb des **Commonwealth**, einer losen Vereinigung ehemaliger britischer Kolonien. Es zeichnet sich jedoch bereits ab, dass sich der Brexit zusätzlich zur Corona-Pandemie negativ auf Geschäfte, Arbeitsmarkt und Löhne auswirkt.

Innerhalb der EU dürfen die Bürger/innen **frei reisen, leben, arbeiten und studieren**. Das ist in Großbritannien jetzt nicht mehr ohne Erlaubnis möglich. Für Aufenthalte, die länger als 90 Tage dauern und nicht touristisch sind, wird ein **Visum** benötigt. Die gleichen Vorschriften gelten im Gegenzug für Britinnen und Briten, die in die EU möchten.

1 Die Grenze zwischen Süd- und Nordirland
Als 1921 die Republik Irland gegründet wurde, verblieb der nördliche Teil der irischen Insel im Vereinigten Königreich. Seitdem strebt die katholische Bevölkerung Nordirlands eine Wiedervereinigung mit der Republik Irland an. Die protestantischen Unionisten hingegen wollen, dass Nordirland Teil von GB bleibt. Der Konflikt zwischen Republikanern und Unionisten sorgte zwischen den 1960er und 1990er Jahren regelmäßig für gewalttätige Auseinandersetzungen und Terroranschläge mit insgesamt etwa 3.500 Todesopfern. Obwohl Nordirland bis heute tief gespalten ist, hat sich die Lage seit Ende der 1990er Jahre weitestgehend gewaltfrei entwickelt. Wichtige Voraussetzung dafür waren die abgeschafften Grenzkontrollen zwischen Süd- und Nordirland. Da die Republik Irland zur EU gehört, müssten die Kontrollen nach dem Brexit eigentlich wieder eingeführt werden. Die Einschränkung von Reisefreiheit und Handel würde aber den zerbrechlichen Frieden in Nordirland gefährden. Nach langen Verhandlungen einigten sich EU und britische Regierung auf Kontrollen zwischen Nordirland und dem Rest von GB. So kann die Grenze zwischen Süd- und Nordirland weiterhin offenbleiben. Diese Sonderregelungen sind im Nordirland-Protokoll festgehalten.

„Brexit means Brexit“ – Regierungskrise in GB
Drei Jahre lang nach dem EU-Referendum konnten sich die britische Regierung und das britische Parlament nicht einigen, wie die Beziehungen zur EU in Zukunft aussehen sollen. Die einen wollten einen **„soft Brexit“** und weiterhin eng mit der EU zusammenarbeiten. Die anderen waren für einen **„hard Brexit“**, um unabhängig von der EU sein. Die Gräben vertiefen sich durch die Bevölkerung und die Parteien.

Brexit



Späker Politik Nr. 21
DDP:
Grafik © iStock/Antonio (bearbeitet)
Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung/Bpb
Autor: Marcus Guderjahn, 1. Auflage, Mai 2021
Gestaltung/Illustration: Mohr Design (Patricia Jaeger), bpb.de/spieler

Die Verhandlungen zwischen der EU und GB
Die politischen Systeme der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sind eng miteinander verflochten und zwei Jahre lang hatte Großbritannien die Entwicklung der EU geprägt. Seit dem Brexit ist deren Entwicklung angepasst. Zudem ist der Fall des Brexit ein Beispiel für Verhandlungen zwischen Ländern aus der EU und anderen EU-Staaten, die unabhängig voneinander einen EU-Staat unabhängig gemacht wurden.

Die Brexit-Verhandlungen stellten beide Seiten vor große zeitliche und politische Herausforderungen. Die Positionen der EU und der britischen Regierung waren kaum miteinander vereinbar:

- **Ein freier Warenverkehr** britischer Produkte im **EU-Binnenmarkt** war für die EU nur vorstellbar, wenn Großbritannien weiterhin die in der EU geltenden Regeln befolgen würde. Sonst hätte das Land einen Wettbewerbsvorteil erhalten und andere EU-Mitgliedsstaaten hätten für sich ebenfalls Ausnahmen fordern können – die Grundprinzipien der EU wären in Gefahr gewesen.
- Die britische Regierung hatte das Ziel, in Zukunft ohne Einschränkungen **eigene Gesetze** und neue **Handelsverträge** mit Ländern außerhalb der EU zu beschließen. Die **Einreise** von EU-Bürger/innen nach Großbritannien sollte begrenzt werden. Gleichzeitig sollten britische Produkte möglichst ohne Einschränkungen in der EU verkauft werden können.

Die offene Grenze zwischen Irland und Nordirland war ebenfalls ein Streitthema (S. 6) und die Rechte der in Großbritannien lebenden EU-Bürger/innen sowie der Britinnen und Briten, die in der EU leben, mussten geklärt werden.

Großbritanniens Sonderrolle in der EU
Um den Brexit (= Britain + Exit) zu verstehen, lohnt sich ein Blick in die Geschichte des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (nachfolgend Großbritannien/GB):

- Im 19. Jahrhundert wurde das britische Reich zur Weltmacht mit Kolonien in Afrika, Amerika, Asien und Australien.
- Als nach dem Zweiten Weltkrieg der Grundstein für die heutige Europäische Union (EU) gelegt wurde, setzte der Inselstaat auf seine Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien und den USA statt auf Europa.
- Dies änderte sich in den 1960er Jahren, als der wirtschaftliche und politische Status des Landes kleiner und gleichzeitig der Einfluss der Europäischen Gemeinschaft (EG) größer wurde.
- Schließlich trat Großbritannien 1973 in die EG ein.

Für Großbritannien war die EU in erster Linie ein wichtiger Wirtschaftsrat. Dass sich die Mitgliedsstaaten im Gegenzug gemeinsamen Regeln unterordnen müssen, widersprach den Ansichten der einseitigen Weltmacht und der Souveränität des britischen Parlaments. Daher beanspruchte Großbritannien für sich eine **Sonderrolle**:

- Großbritannien trat nicht dem Schengener Abkommen bei, das Grenzkontrollen innerhalb Europas abschafft.
- Großbritannien gehörte zu den Mitgliedsländern, die den Euro als gemeinsame Währung nicht einführen.

„Splendid Isolation“ = Als „wunderbare Abschottung“ wurde die britische Außenpolitik vor allem bis zum Zweiten Weltkrieg beschrieben. Man hielt sich aus europäischen Angelegenheiten heraus und war auf die eigene Unabhängigkeit bedacht.

2

1 Was ist Artikel 50?
Die Frage, ob ein Land Mitgliedstaat der EU sein möchte, wird durch den Vertrag von Lissabon 2009 beantwortet. Seitdem sieht Artikel 50 des Vertrages den freiwilligen Austritt vor. Die anderen Mitglieder können einen Staat also nicht dazu zwingen.

Wenn ein Land austreten möchte, weil z. B. die Wählerinnen und Wähler dafür gestimmt haben, muss es das Land in dieser Zeit dazu zwingen, während der Übergangsfrist, während der das Land und die EU entscheiden, unter welchen Bedingungen der Austritt stattfinden soll. Theoretisch kann sich das Land in dieser Zeit dazu entschließen, doch in der EU zu bleiben und Artikel 50 wieder zurücknehmen. Wenn es das Land und die EU nach zwei Jahren nicht geschafft haben, ein neues Abkommen zu schließen, kann die Übergangsfrist verlängert werden.

„In or out?“ – Das britische EU-Referendum
Die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens bestand aber nicht nur in einer Sonderrolle. Das Land trug auch dazu bei, dass der europäische Binnenmarkt in den vergangenen Jahrzehnten weiterentwickelt wurde und die EU sich politisch reformierte. Im neuen Jahrtausend bekamen die EU-Gegner/innen in Großbritannien jedoch Aufwind. Die rechtspopulistische **UK Independence Party (UKIP)** warb mit dem **EU-Austritt** und schärfere Zwangsandrohungen zunehmend erfolgreich um Stimmen. Auch die regierenden Konservativen („Tories“) griffen die Themen auf. 2015 versprach Premierminister **David Cameron** für den Fall seiner Wiederwahl ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens. Nach den gewonnenen Parlamentswahlen löste er sein Versprechen ein. Obwohl Cameron für den Verbleib war, stimmte eine knappe Mehrheit der Britinnen und Briten am **23. Juni 2016** dafür, die EU zu verlassen. Die Prognosen sahen einen Sieg des „Remain“-Lagers voraus, umso überraschender war der Ausgang des Referendums:

LEAVE REMAIN

	Austritt	Verbleib
England	53.4 %	46.6 %
London	40.1 %	59.9 %
Schottland	38.0 %	62.0 %
Wales	52.5 %	47.5 %
Nordirland	44.2 %	55.8 %
GB gesamt	51,9 %	48,1 %

Wahlbeteiligung: 72,2 %

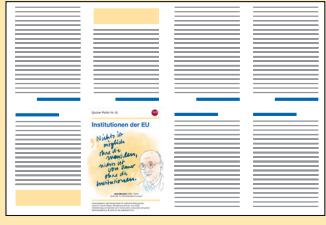
3



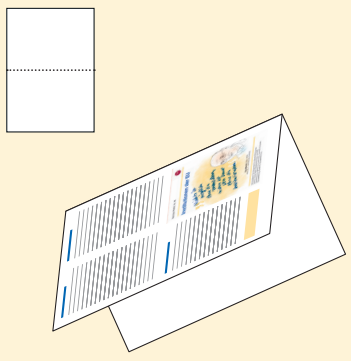
Spicker – der Wissensspeicher zum Selberbasteln

Die wichtigsten Informationen zu Themen aus Politik und Gesellschaft
zusammengefasst auf einer DIN-A4-Seite und zum Falten für die Hosentasche

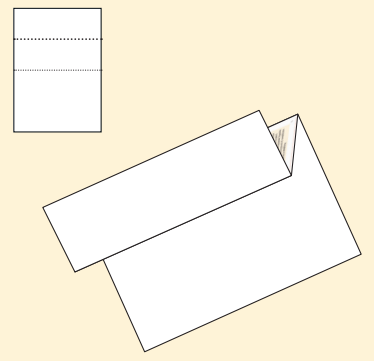
Vorab: Den Spicker aus dem Heft heraustrennen. Beim Kopieren der herausgetrennten Seite 0,5 cm Abstand zur Außenkante des Scanners lassen. Noch besser: den Spicker als PDF herunterladen und in der gewünschten Anzahl auf A4 ausdrucken (bei den Druckereinstellungen darauf achten, dass in Originalgröße gedruckt wird)



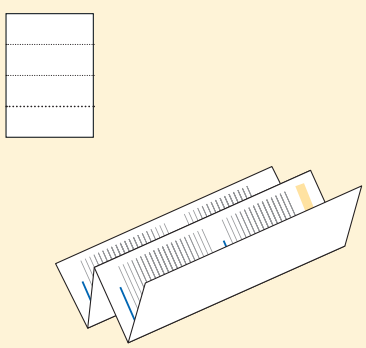
1. Das Blatt quer mittig falten, die bedruckte Seite zeigt nach außen



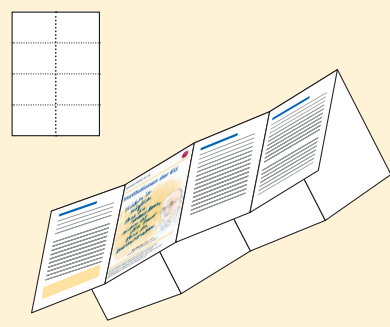
2. Einen der beiden Ränder bis zur Mittelfalte falten



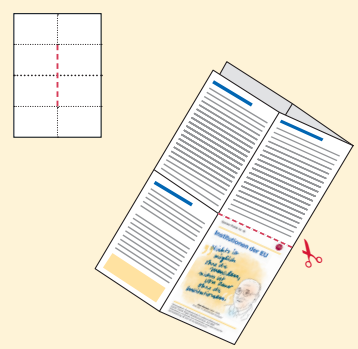
3. Den anderen Rand bis zur Mittelfalte falten



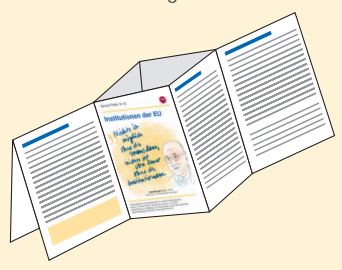
4. Das Blatt wieder entfalten und diesmal längs mittig falten, die bedruckte Seite zeigt nach außen



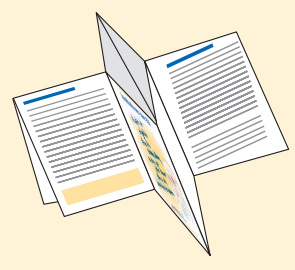
5. Jetzt wieder quer falten und mit einer Schere entlang der gestrichelten roten Linie schneiden



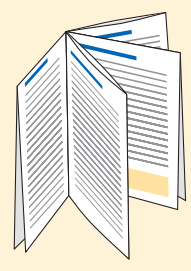
6. Das Blatt wieder entfalten und erneut längs mittig falten; dann von beiden Enden so zusammendrücken, dass die eingeschnittene Mitte auseinandergeht



7. Jetzt bis zum Anschlag drücken



8. Den Ausdruck nun von links so zusammenfalten, dass das Titelblatt oben ist. Jetzt ist es ein echter Spicker, der in die Hosentasche passt!



Die aktuellen und alle bereits erschienenen Spicker gibts zum Download unter bpb.de/spicker oder als Beilage in der aktuellen Themenblätter-Ausgabe!

Fragen, Kritik, Anregungen?
edu@bpb.de